

# Querdenker-Demo außer Kontrolle

VON STEFAN HEINEMEYER, DPA

**Leipzig** – Eine große „Querdenker“-Demonstration in Leipzig mit unzähligen Verstößen gegen Hygieneregeln hat im Bund und in Sachsen den Ruf nach Konsequenzen laut werden lassen. Am Samstag hatten im Zentrum der Stadt mindestens 20 000 Menschen gegen die Corona-Beschränkungen demonstriert. 90 Prozent der Teilnehmer trugen laut Polizei keine Masken. Am Abend erzwang die Masse einen Gang über den symbolträchtigen Leipziger Ring, obwohl ein Aufzug ausdrücklich nicht gestattet war. An einer Polizeisperre flog Pyrotechnik und es gab Rangeleien. Zahlreiche Politiker warfen der Leipziger Polizei und dem sächsischen Innenminister Versagen vor.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) forderte eine „gründliche Aufklärung“. „Was wir gestern in Leipzig gesehen haben, ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Demonstrationsfreiheit ist keine Freiheit zur Gewalt und zur massiven Gefährdung anderer“, erklärte Lambrecht. Eine solche Situation inmitten der Pandemie dürfe sich nicht wiederholen. Tausende dicht an dicht ohne Masken seien ein Gipfel der Verantwortungslosigkeit.

## „Dringend kritische Aufklärung“

Grünen-Parteichef Robert Habeck forderte, die Ereignisse in Leipzig bedürften „dringend einer kritischen Aufklärung“. Er sprach von einer Überforderung von Innenministerium und Polizei in Sachsen. Linken-Parteichefin Katja Kipping sagte: „Nach meinem heutigen Kenntnisstand liegt absolutes Versagen der sächsischen Polizeiführung vor“. Der FDP-Innenexperte Konstantin Kuhle kritisierte: „Es kann nicht sein, dass der Rechtsstaat quasi dabei zusieht, wie Journalisten bei ihrer Arbeit angegriffen werden und ein Großteil der Demonstranten die Auflagen erkennbar ignoriert.“

Unions-Fraktionsvize Thorsten Frei nannte die Zulassung der Demonstration „unverantwortlich“. „Ich kann niemandem erklären, warum sich in Deutschland nur zwei Hausstände treffen und zugleich 16 000 Personen demonstrieren dürfen, bei denen schon im Vorfeld ganz klar und eindeutig ist, dass sie sich nicht an die Auflagen des Infektionsschutzes halten werden“, betonte der CDU-Politiker.

Das Obergerverwaltungsgericht (OVG)

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/epa12399,76286,6>